

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig und Heinz Werner Wessler

Filmreifer Ausbruch in Kandahar

Mit einer gut geplanten Operation haben die Taliban am 13. Juni 800 Häftlinge aus einem Gefängnis in Kandahar befreit, darunter viele Gesinnungsgenossen. Fast zwei Tonnen Sprengstoff waren nach Einbruch der Dunkelheit in einem Tanklastwagen explodiert, den ein Selbstmordkommando vor das Sarposa-Gefängnis gefahren hatte. Sie rissen ein Riesenloch in die Lehmziegelmauer um den 60 Jahre alten Bau. Gleichzeitig attackierten verummte Taliban auf Motorrädern mit Panzerfäusten und Kalaschnikows die Wache am Haupttor. Nach 20-minütigem Gefecht konnten sie viele Zellen öffnen. Auf die Flüchtlinge warteten Busse mit laufenden Motoren. Ein Taliban-Sprecher erklärte, die Aktion sei Teil der im Frühjahr ausgerufenen *Operation Ebrat* (Lektion) und „ein Signal an die Marionetten-Regierung von Hamed Karzai und die ungläubigen Regierungen des Westens“. Im Mai hatten 400 Gefangene in dem gleichen Gefängnis gemeutert, begleitet von Demonstrationen von Angehörigen. Viele von ihnen behaupteten, durch Folter zu dem Geständnis erpresst worden zu sein, mit den Taliban zu kooperieren. Untersuchungen des afghanischen Parlaments und von Menschenrechtsgruppen brachten unmenschliche Haftbedingungen, Folter und sexuelle Übergriffe sowie mangelnden Rechtsbeistand für die Gefangenen zu Tage.

Bundeswehr übernimmt Schnelle Eingreiftruppe

Am 30. Juni hat Norden Afghanistans hat die Bundeswehr die bisher von den norwegischen ISAF-Streitkräften geführte regionale Schnelle Eingreiftruppe (*Quick Reaction Force*, QRF) übernommen. Die aus ca. 205 Soldaten bestehende Einheit untersteht dem ISAF-Regionalkommando Nord, das ebenfalls von Deutschland geführt wird. Beobachter gehen davon aus, dass die Aufständischen derzeit versuchen, ihre Präsenz auf bisher vergleichsweise ruhige Teile Afghanistans auszuweiten. Nach Einschätzung von Brigadegeneral Dieter Dammjacob, Kommandeur des Regionalkommandos Nord, hält sich die Bedrohungslage im Norden bisher in Grenzen. Patrouillen, Absicherungsoperationen, Schutz von Konvois, Evakuierungen werden ebenso zu den Aufgaben der 205 Soldaten gehören wie der Einsatz als taktische Reserve. Die Bundeswehr ist darüber hinaus gebeten worden, Aufgaben der Luftaufklärung mit AWACS-Flugzeugen für ganz

Afghanistan zu übernehmen. Über die Entsprechung dieser Anfrage wird der Bundestag im Herbst entscheiden. Die Unterscheidung zwischen ISAF und der amerikanisch geführten *Operation Enduring Freedom* wird zunehmend hinfällig.

Anschlag belastet Beziehungen mit Pakistan

Am 7. Juli starben 41 Menschen und mindestens 140 weitere – die meisten von ihnen Zivilisten – wurden verletzt, als ein Attentäter sein Auto vor der Indischen Botschaft in Kabul in die Luft jagte. Nach dem blutigsten Sprengstoffanschlag, der sich je in Kabul ereignete, hat die afghanische Regierung den pakistanischen Geheimdienst ISI beschuldigt, darin verwickelt zu sein. Am 14. Juli beschloss das Kabinett, alle bilateralen Kontakte einzufrieren. Konkrete Beweise wurden bisher zwar nicht vorgelegt, doch auch von Seiten der USA wird der pakistanische Geheimdienst der Beteiligung an dem Anschlag beschuldigt. Pakistans Premierminister Gilani hat die Vorwürfe vollumfänglich zurückgewiesen. Unter den Toten befinden sich neben zahlreichen Zivilisten der indische Militärattaché und ein weiterer Diplomat, zwei indische Grenzpolizisten vom Botschaftsschutz und zehn afghanische Polizisten. Bisher hat sich keine Organisation zu dem Anschlag bekannt. Die Taliban dementierten eine Beteiligung. Schon im Juni hatte Präsident Hamed Karzai gedroht, „in Selbstverteidigung“ Truppen über die pakistanische Grenze zu entsenden, wenn Islamabad nicht endlich etwas gegen Taliban-Stützpunkte dort unternehme. Als Täter kämen laut dem indischen Armeechef aber auch extremistische Islamisten aus Kaschmir in Frage. Motiv könnten gewalttätige Proteste von Teilen der muslimischen Mehrheit im indisch-besetzten Teil des umstrittenen Gebiets gegen die geplante Ansiedlung von Hindu-Zuwanderern in der Hauptstadt Srinagar sein. Schließlich war wenige Tage vor dem Anschlag der Militärführer einer der wichtigsten Kaschmir-Gruppen, Lashkar-i-Taiba, von indischen Soldaten erschossen worden. Zudem hatte die Nachrichtenagentur AP am 13. Juli berichtet, mehrere dieser Gruppen – die seit den 80er Jahren mit ISI-Unterstützung an der Seite der Mudschahedin und später teilweise an der Seite der Taliban gekämpft hatten – hätten auf einem Geheimgespräch Anfang Juni beschlossen, ihre Aktivitäten in Afghanistan zu aktivieren.

Diskussion um Wahlen 2009

Der Vorsitzende der Unabhängigen Wahlkommission (UWK) Azizullah Ludin hat eine Diskussion darüber ausgelöst, ob die für 2009 geplanten Präsidentenwahlen aus Sicherheitsgründen überhaupt stattfinden können. „Wenn es keine Sicherheit gibt, können wir nicht einem Teil Afghanistans auffordern, zu wählen und dem anderen, dass dies nicht möglich ist. Das würde die Legitimität der Wahlen in Frage stellen“, sagte er am 9. Juli auf einer Pressekonferenz in Kabul. Die UWK kann laut Wahlgesetz Wahlen absetzen. Was geschehen würde, wenn dies so käme, sagte Ludin nicht. Die unabhängige Zeitung „Arman-e Melli“ sprach vom „Beginn einer Verschwörung gegen die Wahlen“; die Sicherheitssituation würde sich nur „weiter verschlechtern“, wenn die Wahlen abgesagt würden. Gleichzeitig gab der UWK-Chef bekannt, dass die Wählerregistrierung Ende September beginnen werde. Registriert würden aber nur jene Afghanen, die seit den vergangenen Wahlen 2004/05 das Wahlalter erreicht haben oder zurückgekehrte Flüchtlinge. 2004 hatten 12,5 Millionen Wählerausweise erhalten. Dabei hatte es jedoch zahlreiche Mehrfachregistrierungen gegeben, die zu Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen geführt hatten. Die alte Wählerliste hatte dies ermöglicht, da die Registrierten nicht einem bestimmten Wahlkreis zugeordnet wurden. Ein genauer Wahltermin steht noch nicht fest.

Karzai feuert Generalstaatsanwalt wegen Kandidatur

Nur einen Tag, nachdem Generalstaatsanwalt Abduljabbar Sabet seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl angekündigt hatte, wurde er von Präsident Hamed Karzai aus seinem Amt entlassen. Am 15. Juli hatte Sabet angekündigt, er wolle bis zu der gesetzlich festgelegten Rücktrittsfrist 45 Tage vor dem Wahlgang im Amt bleiben. Karzai wandte ein, der Inhaber dieses Amtes müsse politisch neutral sein und deshalb betrachte er Sabets Kandidatur als „seinen Rücktritt“. Sabet bezeichnete seine Entlassung als „verfassungswidrig“ und „Verschwörung“ gegen ihn. Karzai habe Angst vor seiner Kandidatur und „noch nie Rivalen tolerieren können“. Nun warf Sabet Karzai vor, ihn nicht ausreichend unterstützt zu haben, und kündigte „Enthüllungen“ an. Der 62-jährige Paschtune aus Ost-Afghanistan war früher Berater Gulbuddin Hekmatyars, dessen Flügel der islamistischen Hezb-e Islami heute die Karzai-Regierung bewaffnet bekämpft. Nach seiner Ernennung vor zwei Jahren hatte er der Korruption den „heili-

gen Krieg“ erklärt und zahlreiche Regierungsbeamte festnehmen lassen. In mehreren Fällen musste er mangels Beweisen zurückrudern, was ihm Vorwürfe des Populismus einbrachte. Zudem ging er wiederholt gegen die Pressefreiheit vor. Unter anderem ließ er einen Reporter verhaften, der ein unvorteilhaftes Zitat Sabets ausgestrahlt hatte. Zudem wurden gegen Sabet Vorwürfe erhoben, er habe politische Verbündete zu hohen Ämtern verholfen und Untersuchungen wegen Unterschlagung und Verwicklung in den Drogenhandel gegen sie unterdrückt. Einem kanadischen Pressebericht zufolge hatte Sabet sein Amt der Unterstützung aus den USA zu verdanken, nachdem er für die afghanische Regierung das Gefangenenlager Guantanamo inspiziert und darüber einen günstigen Bericht abgegeben habe.

Parlamentarier im Fadenkreuz

Schon als zehntes Mitglied des 2005 wiedereröffneten Parlaments wurde am 4. Juli in der Südprovinz Kandahar der Abgeordnete Habibullah Jan Sanserai Haus erschossen. Nach der Besichtigung eines Stützpunkts der afghanischen Armee wollte er seit langem zum ersten Mal wieder in seinem Heimatdorf im Distrikt Zherai, einer Taliban-Hochburg, übernachten. Die Taliban wiesen eine Beteiligung an dem Anschlag allerdings zurück. Habibullah, ein früherer Mudschahedin-Kommandeur vom Paschtunen-Stamm der Alizai, war Führungsmitglied der oppositionellen Nationalen Front (NF). Vor Habibullah wurden drei weitere Abgeordnete Opfer bewaffneter Fraktionsstreitigkeiten. Ende April starb Hadschi Fazl Rahman Zamkanai, als bei einer Feiertagsparade Attentäter die VIP-Tribüne beschossen und Präsident Hamed Karzai nur knapp verfehlten. Fünf Abgeordnete starben im letzten November bei einem Selbstmordanschlag im nordafghanischen Baghlan, als sie gerade eine Fabrik besichtigten. Mit ihnen wurden über 70 Schüler und Lehrer in den Tod gerissen, die zur Spalierbildung beordert worden waren. Dieser Anschlag bleibt bis heute unaufgeklärt.

Wieder zahlreiche zivile Opfer

Bei einer Reihe von Luftschlägen von US-Truppen sind im Juli zahlreiche Zivilisten ums Leben gekommen. Bei zwei Angriffen Anfang Juli wurden offiziellen afghanischen Untersuchungen zufolge insgesamt 64 Todesopfer festgestellt. Zunächst griffen am 3. Juli Hubschrauber einer Konvoi in der Ostprovinz Nuristan an, den die US-Truppen Angaben eines Sprechers nach für Aufständische gehalten hatten, und

töteten 17 Menschen. „Das waren Leute, die auf uns geschossen haben.“, so der US-Sprecher. „Wir haben keine Berichte über verletzte Nichtkombattanten.“ Der Provinzgouverneur berichtete jedoch, ein Angriff auf US-Soldaten hätte schon am Vortag stattgefunden. Das Kabuler Gesundheitsministerium teilt mit, unter den getöteten Insassen der Fahrzeuge seien drei Angehörige seines medizinischen Personals sowie vier weitere Regierungsangestellte gewesen. Auch die anderen Toten seien „gewöhnliche Leute“. Drei Tage später kamen bei einem zweiten Vorfall, weiter südlich im ostafghanischen Dehbala in den Tora-Bora-Bergen, einer Taliban-Infiltrationsroute, 47 Teilnehmer einer Hochzeitsprozession zwischen zwei Dörfern um. Auch hier kam der Raketenangriff, nachdem in der Nacht zuvor in der Nähe Gefechte zwischen Taliban und afghanischer Polizei stattgefunden hatten. Bei zwei weiteren Angriffen in den Westprovinzen Farah und Herat am 16. und 17. Juni gab es wiederum zahlreiche Tote. In Farah kamen nach afghanischen Angaben neun, davon acht Frauen und Mädchen sowie ein Junge, nach US-Angaben acht Zivilisten ums Leben. Der US-Sprecher erklärte, als ein Konvoi aus naheliegenden Gehöften unter Beschuss geraten sei, habe man Luftunterstützung angefordert. Am Folgetag starben über 50 Zivilisten, als US-Kampfflugzeuge ein Gehöft im Distrikt Shindand angriffen, in dem sich Taliban-nahe Stammesführer aufgehalten hätten. Ein Truppsprecher gab den Tod zweier Stammesführer bekannt, und wies den Bericht über zivile Opfer komplett zurück. Der Angriff habe 13 Kilometer entfernt von der in afghanischen Quellen genannten Stelle stattgefunden. Nach den beiden ersten Fällen bestritt der neue NATO-Kommandeur in Afghanistan, US-General David D. McKiernan, die hohen Opferzahlen insgesamt: „Immer wenn wir Luftschläge führen, ist es das erste, dass sie schreien ‚Luftschlag tötet Zivilisten‘, auch wenn die Raketen tatsächlich militante Extremisten trafen, auf die wir auch gezielt hatten“. Laut einem neuen UN-Bericht wurden im ersten Halbjahr 2100 Menschen Opfer des Konflikts in Afghanistan, davon 698 Zivilisten. Nach diesen Angaben gingen 443 davon auf das Konto der Taliban, 255 auf das der afghanischen und NATO-Streitkräfte. Die NATO nannte auch diese Zahlen zu hoch.

Gewalt auf höchstem Niveau seit 2001

Nach Angaben des Netzwerks Acbar (*Agency Coordinating Body for Afghan Relief*) vom 1. August kamen in diesem Jahr insgesamt bisher etwa 2 500 Menschen bei Kämpfen und Anschlägen um, darunter 1 000 Zi-

vilisten. Ein UN-Bericht spricht von 2 100 Toten in Afghanistan, davon 698 Zivilisten. Nach diesen Angaben gingen 443 davon auf das Konto der Taliban, 255 auf das der afghanischen und NATO-Streitkräfte. Die Gewalt in Afghanistan hat nach Angaben von Hilfsorganisationen das größte Ausmaß seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 angenommen. Zu den tödlich getroffenen Opfern des Jahres 2008 gehören auch 19 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen – mehr als im gesamten Jahr 2007. Nach Darstellung von Nato-Kommandeuren haben die Gewaltakte im Osten Afghanistans seit dem Frühjahr um 40 Prozent zugenommen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der ausländischen Soldaten um rund 10 000 auf derzeit insgesamt rund 71 000 erhöht.



© TWAC



© TWAC